

Impulspapier

der IHK Niedersachsen und des DEHOGA Niedersachsen



Zentren-SOS

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit
als Standortfaktor für lebendige Innenstädte in Niedersachsen

Juli 2026



Wer wir sind

Die **IHK Niedersachsen** ist die Landesarbeitsgemeinschaft der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern:

- IHK Braunschweig
- IHK Elbe-Weser
- IHK Hannover
- IHK Lüneburg-Wolfsburg
- Oldenburgische IHK
- IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim
- IHK für Ostfriesland und Papenburg

Sie vertritt mehr als 530.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

DEHOGA Niedersachsen

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) ist der Unternehmerverband des Gastgewerbes. Bundesweit sind ca. 70.000 Betriebe im DEHOGA organisiert – rund 5.000 Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe davon im DEHOGA Niedersachsen. Neben der rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Beratung und Vertretung der Mitgliedsunternehmen kommt dem Eintreten für die das Gastgewerbe umtreibenden Themen gegenüber Politik und Öffentlichkeit eine zentrale Rolle bei den verbandlichen Aufgaben zu. Neben seiner Funktion als Unternehmensverband ist der DEHOGA Niedersachsen auch Arbeitgeberverband und Tarifvertragspartner der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG).

Die rund 5.000 Mitgliedsbetriebe in Niedersachsen werden in acht Bezirksverbänden betreut, die in rund 58 Kreisverbände untergliedert sind.

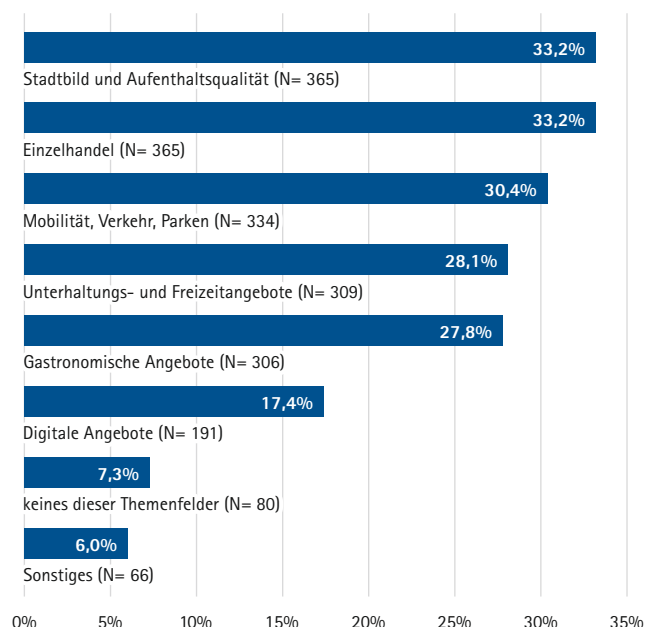
Einleitung

Themenfelder, in denen die **Niedersachsen** die wichtigsten Handlungsbedarfe sehen, die ihre Innenstädte attraktiver machen

CIMA.

IHK Niedersachsen
Landesarbeitsgemeinschaft

Handelsverband
Niedersachsen-Bremen



Attraktive Innenstädte beginnen beim Stadtbild

Quelle: IHKN-Zentrenstudie Niedersachsen, CIMA, 11/2024

Innenstädte und Ortskerne sind das wirtschaftliche und gesellschaftliche Herz der niedersächsischen Kommunen. Sie bündeln verschiedene Funktionen, insbesondere aus Einzelhandel, Dienstleistungswirtschaft, Gastgewerbe, Bildung, Kultur, Wohnen und öffentlicher Verwaltung. Gleichzeitig sind sie aber auch identitätsstiftende Orte und Orte zwischenmenschlicher Begegnung. Das ist gleichermaßen Chance wie Herausforderung, denn ein Aufeinandertreffen von Menschen mit unterschiedlicher Sozialisierung und vielfältigen Erfahrungshorizonten erzeugt automatisch divergierende Ansprüche und Erwartungen sowie dynamische soziale Interaktionen. So hat jeder Mensch eine unterschiedliche Wahrnehmung von Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und Komfort, nimmt Räume subjektiv anders wahr und reagiert auf gleiche bzw. vergleichbare Situationen unterschiedlich. Das kann zu Spannungen führen, bietet aber zugleich die Möglichkeit für Gemeinschaftsbildung sowie für positive soziale Erfahrungen.

Gerade in Zeiten strukturwirksamer Veränderungen (sinkende Frequenzen und Einzelhandelsumsätze, verändertes Konsumverhalten, Fachkräftemangel, Online-Handel, Trading down-Tendenzen und zunehmende Leerstände) kommt den Zentren als Standortfaktor eine neue Bedeutung zu. Ihre Zukunft entscheidet sich nicht nur an Mietpreisen oder an privatwirtschaftlichen und öffentlichen Nutzungskonzepten, sondern verstärkt daran, ob Menschen sich dort gerne aufhalten.

Auch aus touristischer Sicht sind Innenstädte zumeist die Visitenkarte einer Stadt und prägen bei Gästen maßgeblich den ersten Eindruck. Gerade im Städte-, Tages- und Kulturtourismus findet ein großer Teil des touristischen Erlebnisses im öffentlichen Raum statt. Ein gepflegtes Stadtbild, Aufenthaltsqualität und ein positives Sicherheitsgefühl haben daher einen unmittelbaren Einfluss darauf, ob Besucherinnen und Besucher länger verweilen, Angebote nutzen, Geld ausgeben und eine Destination weiterempfehlen. Hierbei spielt auch die sogenannte Abend- und Nachtökonomie eine wachsende Rolle. Sie leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag, Frequenz zu erzeugen und Innenstädte zu beleben.





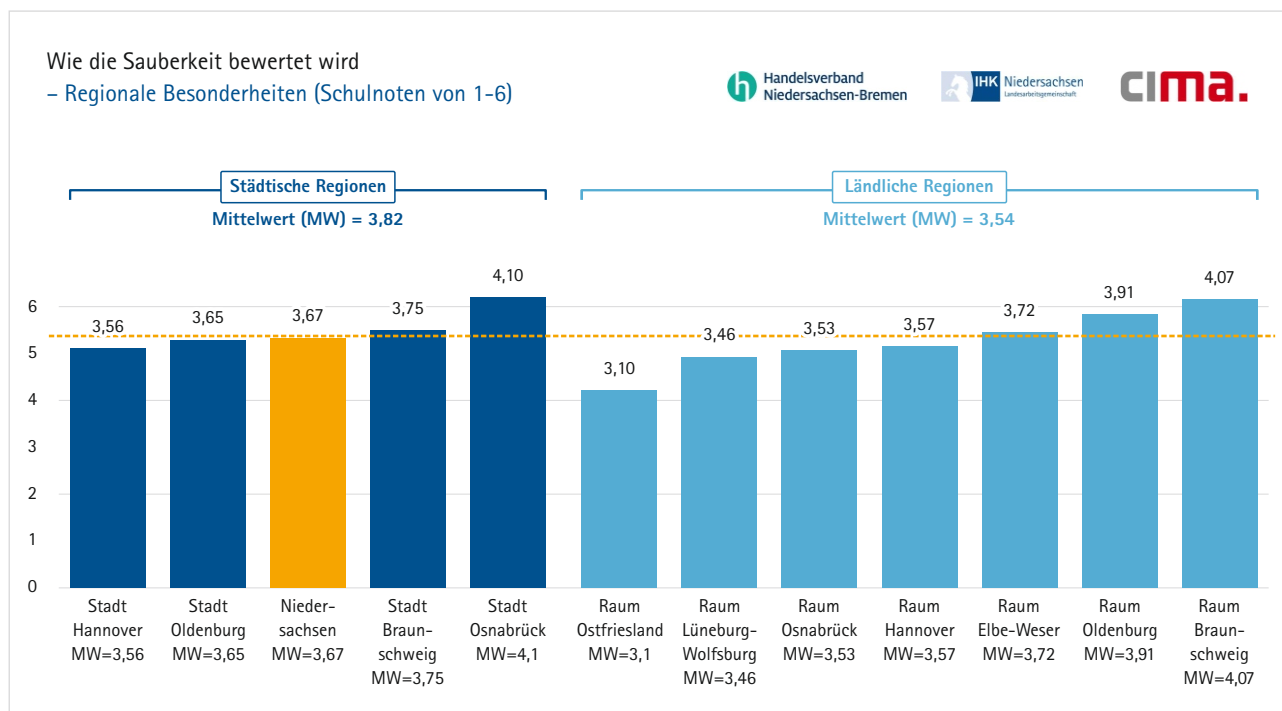
Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit (im Folgenden: „Zentren-SOS“) sind in dem Zusammenhang keine „Nebenschauplätze“ der kommunalen Daseinsvorsorge – und sollten von Kommunalpolitik und -verwaltung auch nicht als solche betrachtet werden. Sie sind vielmehr zentrale Voraussetzungen für wirtschaftliche Stabilität und urbane Attraktivität. Denn Innenstädte funktionieren nur, wenn sich Kundinnen und Kunden, Beschäftigte, Touristinnen und Touristen sowie Bewohnerinnen und Bewohner willkommen und sicher fühlen. Dieses Sicherheitsgefühl ist längst zu einem entscheidenden „weichen“ Standortfaktor geworden, nicht nur für die Wahl des Einkaufsortes, sondern auch für die Entscheidung, ob Unternehmen investieren, Unternehmensnachfolgen lohnend erscheinen, ob Gastronomie abends öffnet oder ob Immobilienentwicklungen realisiert werden.

Aus vielen niedersächsischen Kommunen erreichen die Industrie- und Handelskammern und den DEHOGA Niedersachsen zunehmend Hinweise ihrer Mitgliedsunternehmen auf ein sinkendes Sicherheits- und Ordnungsempfinden. Diese Wahrnehmung entsteht häufig unabhängig davon, ob Kriminalitätsstatistiken eine Verschärfung belegen. Ausschlaggebend sind in erster Linie das subjektive Erleben, Empfinden und Beurteilen der Menschen. Denn wer sich unsicher fühlt, bleibt nicht lange, und wer sich unwohl fühlt, kommt nicht wieder. Und wer ein Quartier als problematisch wahrnimmt, investiert dort nicht.

Die IHK Niedersachsen (IHKN) und der DEHOGA Niedersachsen sehen daher dringenden Handlungsbedarf, Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit als strategischen Standortfaktor zu verstehen und politisch zu priorisieren. Schließlich geht es um die Stabilisierung wirtschaftlicher Kerne, die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Stärkung der Attraktivität im kommunalen Standortwettbewerb und damit um nicht weniger als die Zukunft unserer Zentren.



Wo die Herausforderungen liegen



Sauberkeit in den Zentren Niedersachsens: Deutlicher Handlungsbedarf

Quelle: IHKN-Zentrenstudie Niedersachsen, CIMA, 11/2024

In vielen Innenstädten und Ortszentren Niedersachsens zeigen sich Entwicklungen, die das Sicherheitsgefühl zunehmend beeinträchtigen. Dabei geht es selten um spektakuläre Einzelfälle, sondern vielmehr um gehäuft auftretende, wiederkehrende Situationen, die in ihrer Häufigkeit und Sichtbarkeit das Gesamtbild prägen. Dazu zählen:

- Drogenhandel sowie öffentlicher Alkohol- und Drogenkonsum,
- Konflikte im öffentlichen Raum,
- aggressives organisiertes Betteln,
- Belästigungen, Vandalismus, Schmierereien, Vermüllung,
- (Laden-)Diebstahl,
- nicht angemeldete Demonstrationen,
- verwahrloste räumliche Teilbereiche.

Diese Phänomene konzentrieren sich häufig auf bestimmte Plätze wie das Bahnhofsumfeld, ÖPNV-Haltestellen, Unterführungen, Parkhäuser, Parkplätze oder Randbereiche von Fußgängerzonen. Ihre Wirkung reicht jedoch weit über diese Standorte hinaus. Denn das Sicherheitsempfinden vieler Besucherinnen und Besucher beginnt bereits auf dem Weg in die Innenstadt. Problemwahrnehmungen an einzelnen Zugangspunkten können auf die Attraktivität des gesamten Zentrums ausstrahlen und die Entscheidung für einen Innenstadtbesuch maßgeblich beeinflussen.

Besonders deutlich werden diese Entwicklungen in den Abend- und Nachtstunden. Insbesondere dort, wo Gastgewerbe, Kulturangebote, Veranstaltungen und andere Nutzungen wie das Wohnen fehlen oder nur eingeschränkt vorhanden sind, entstehen schnell als unsicher wahrgenommene „Leerräume“ im öffentlichen Raum.



Für das Sicherheitsempfinden der Menschen kann zudem bereits ein sichtbarer Verlust an Sauberkeit und Ordnung den Eindruck erzeugen, dass öffentliche Räume nicht mehr ausreichend kontrolliert oder gepflegt werden. In der Folge werden bestimmte Bereiche gemieden, Aufenthaltszeiten verkürzt und insbesondere Abend- und Wochenendbesuche reduziert.

Für die Wirtschaft haben solche Entwicklungen konkrete Konsequenzen:

- sinkende Frequenzen und Umsatzverluste,
- spürbare Verlagerung von Kundenströmen in „schönere“ Lagen oder gar in den Onlinebereich,
- erhöhte Belastung der Betriebe, da auch Mitarbeitende sich unsicher fühlen, insbesondere in Tagesrandzeiten,
- Einschränkungen bei Öffnungszeiten,
- sinkende Attraktivität für Investitionen, Modernisierungen und Nachnutzungen, z. B. durch Unternehmensnachfolge,
- negative Beeinflussung der Standortentscheidungen von Fachkräften.

Folglich kann es im Zuge eines „Trading-down“-Effektes zu Leerstand, weiterer Verwahrlosung und einer schleichenden Aushöhlung der wirtschaftlichen Substanz und Aufenthaltsqualität kommen.

Gleichzeitig stehen viele Kommunen vor erheblichen Herausforderungen. Häufig fehlen ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen, um Präsenz, Kontrolle, Reinigung und Präventionsarbeit dauerhaft sicherzustellen. Sicherheits- und Präventionspartnerschaften bleiben oftmals auf Projekte oder Pilotphasen beschränkt. Zudem sind Zuständigkeiten zwischen Polizei, kommunalen Ordnungsdiensten, Sozialverwaltung, Stadtplanung, City-Management und privaten Akteuren nicht immer klar abgegrenzt.

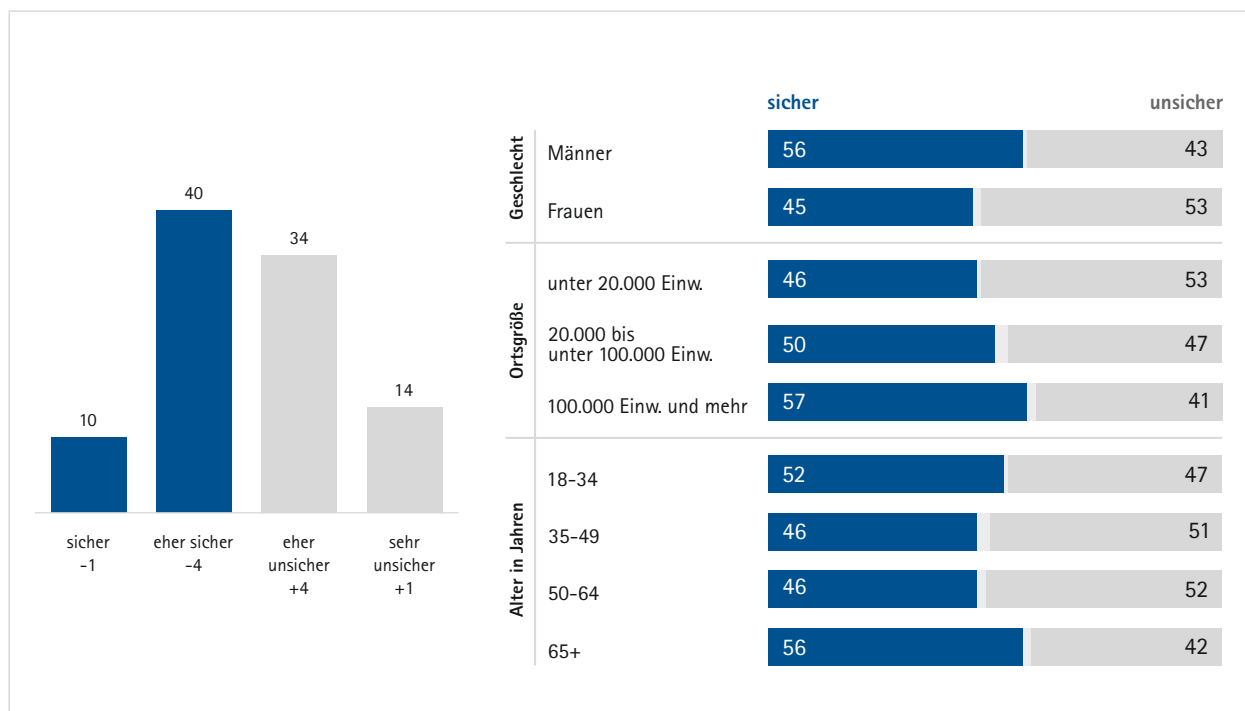
Besonders in Konfliktlagen zeigt sich ein Muster, das Unternehmen regelmäßig kritisieren: Regeln existieren, werden aber nicht konsequent durchgesetzt. Oder anders formuliert: Ordnungspolitische Instrumente bleiben wirkungslos, wenn Sanktionen ausbleiben oder Präsenz nicht wahrnehmbar ist. Werden kleinere Regelverstöße über längere Zeit toleriert, kann dies problematische Entwicklungen begünstigen. Aus diesem Grund wird häufig ein frühzeitiges Eingreifen empfohlen. Ein Gedanke, der unter anderem landläufig mit der sogenannten „Broken-Window-Theorie“ verbunden wird.

Damit steht Niedersachsen vor einer zentralen Herausforderung: Die Innenstädte sollen sich zu multifunktionalen Zentren entwickeln – mit Wirtschaft, Wohnen, Freizeit, Kultur, einer hohen Aufenthaltsqualität und konsumfreien Orten. Doch diese Entwicklung ist ohne verlässliche Rahmenbedingungen im Hinblick auf ein von oben gesteuertes „Zentren-SOS“ nicht realistisch. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind keine Zusatzaufgaben, sondern Voraussetzung für jede erfolgreiche Innenstadtstrategie. Sie sollten im öffentlichen Raum überall und zu jeder Tages- und Nachtzeit selbstverständlich sein, um einen entspannten Besuch des Zentrums zu ermöglichen, aber auch, um Unternehmerinnen und Unternehmern mit ihren Beschäftigten sowie den Einwohnerinnen und Einwohnern ein gutes Gefühl für Arbeit und Wohnen zu geben.

Dabei gilt es zu betonen, dass die Attraktivität von Innenstädten nicht allein durch den öffentlichen Raum bestimmt wird. Auch private Immobilien und Grundstücke prägen das Erscheinungsbild eines Standortes maßgeblich. Immobilieneigentümerinnen und Immobilieneigentümer sowie die innerstädtischen Gewerbetreibenden sind daher wichtige Partner bei der Entwicklung lebendiger und attraktiver Zentren.



Thema Sicherheit bei der Bevölkerung hoch im Kurs



Sicherheit im öffentlichen Raum

Quelle: ARD-DeutschlandTREND November 2025, infratest dimap

Wenn Sie sich in Deutschland im öffentlichen Raum, d.h. auf öffentlichen Plätzen, Straßen, in Parkanlagen bewegen oder auch öffentliche Verkehrsmittel benutzen: Fühlen Sie sich dort dann alles in allem sicher, eher sicher, eher unsicher oder sehr unsicher?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland

Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu „Deutschland vor der Bundestagswahl“ Februar 2025

Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe



10 Handlungsempfehlungen für sichere, ordentliche und saubere Zentren

Politische Strategie erforderlich

Die IHKN und der DEHOGA Niedersachsen empfehlen, ein „Zentren-SOS“ als strategischen Schwerpunkt für niedersächsische Kommunen zu etablieren, der nicht nur als singuläre Aufgabe der Polizei oder des kommunalen Ordnungsdienstes betrachtet wird, sondern als Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommunen, Wirtschaft und weiteren Akteuren. Entscheidend ist dabei ein Politikansatz, der sich nicht in kurzfristig angelegten Einzelmaßnahmen erschöpft.

Schließlich wirkt jede Investition ins „Zentren-SOS“ mehrfach:

- Sie sichert bzw. steigert die Kunden- und Besucherfrequenz.
- Sie stabilisiert bzw. verlängert die Aufenthaltsdauer.
- Sie reduziert Schäden durch Schmierereien und Vandalismus.
- Sie stützt bzw. erhöht die Umsätze.
- Sie steigert die Investitionsbereitschaft von Wirtschaftsakteuren.
- Sie verbessert das Image des Standortes Innenstadt sowie der zugehörigen Region.

Angemerkt sei an dieser Stelle, dass die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer nach Ansicht der IHKN und des DEHOGA Niedersachsen ein kontraproduktiver Ansatz ist. Denn diese löst das Problem nicht und stellt in erster Linie eine zusätzliche, als Steuer nicht verpflichtend zweckgebunden zu verwendende Belastung für die Wirtschaft dar.

Stärkung von Präsenz und konsequenter Rechtsdurchsetzung

Ein zentraler Hebel ist eine stärkere Präsenz und Sichtbarkeit von Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten sowie deren abgestimmte Zusammenarbeit. Sicherheit entfaltet ihre Wirkung besonders dann, wenn sie im Alltag wahrnehmbar ist – vor allem in konfliktträchtigen Zeiten wie den Abendstunden, an Wochenenden oder bei Veranstaltungen. Eine sichtbare Präsenz wirkt präventiv und deeskalierend und signalisiert Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft, dass öffentliche Räume aktiv geschützt werden. Die IHKN und der DEHOGA Niedersachsen sprechen sich daher für den gezielten Ausbau kommunaler Ordnungsdienste, die Stärkung von Kooperationsstreifen und verlässliche Präsenzkonzepte in Innenstadtbereichen aus.

Ebenso entscheidend ist die konsequente und sichtbare Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften. Regeln entfalten nur dann ihre Wirkung, wenn Verstöße tatsächlich verfolgt und sanktioniert werden. Bleiben etwa (Laden-)Diebstahl, Vermüllung, Schmierereien, Vandalismus, aggressive Bettelei oder andere ordnungs- und strafrechtlich relevante Verstöße folgenlos, entsteht der Eindruck, dass „sowieso niemand zuständig“ oder die Bagatellgrenze von der Justiz so hoch angesetzt ist, dass kleinere Delikte faktisch folgenlos bleiben. Dieser Eindruck ist hochproblematisch, weil er den öffentlichen Raum entwertet und gleichzeitig die Frustration vieler Wirtschaftsakteure ob der vermeintlich mangelnden Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats erhöht. Erforderlich sind deshalb eine enge Zusammenarbeit und abgestimmte Verfahren zwischen Kommunen, Polizei, Ordnungsbehörden, Justiz und – soweit einschlägig – Finanzverwaltung.

Gezielter Einsatz ordnungspolitischer Instrumente

Die IHKN und der DEHOGA Niedersachsen empfehlen, ordnungspolitische Instrumente differenziert und anlassbezogen einzusetzen. Ziel sollte eine ausgewogene Balance zwischen Eingriffsintensität und Wirkung sein, die den Schutz des öffentlichen Raumes und seiner Besucherinnen und Besucher sicherstellt, ohne die Innenstadt als attraktiven Erlebnisort zu schwächen.

Zeitlich und räumlich begrenzte Alkohol-, Böller- oder Waffenverbotszonen sowie die Einrichtung von Videoüberwachung können in bestimmten Lagen geeignete Instrumente sein, sofern sie rechtssicher begründet, regelmäßig evaluiert und in ein übergeordnetes Sicherheitskonzept eingebettet werden. Entscheidend ist dabei eine praxistaugliche und verhältnismäßige Anwendung, die den Anforderungen der Gefahrenabwehr gerecht wird und zugleich wirtschaftliche sowie touristische Nutzungen berücksichtigt.



Einsatz digitaler Lösungen

Digitale Lösungen können beim „Zentren-SOS“ unterstützen, dürfen aber nicht als Ersatz für menschliche Präsenz missverstanden werden. So bieten digitale Meldesysteme, rechtlich zulässige Videoüberwachung oder Reporting-Apps die Chance, Sauberkeitsprobleme oder Schäden schneller zu erfassen, aufzuklären und effizienter zu bearbeiten. Perspektivisch sollten Kommunen zudem stärker datenbasiert arbeiten: Passantenfrequenzen, Hotspot-Analysen oder Echtzeitinformationen können helfen, Ressourcen von Reinigung und Ordnung zielgerichteter einzusetzen. Anwendungsbeispiele könnten sein:

- Echtzeit-Analysen von Passantenfrequenzen, Müllaufkommen, Konfliktmeldungen,
- KI-gesteuerte Ressourcenplanung für Polizei, Ordnungsdienste und Reinigung,
- Prognosen für Umsatzentwicklung je nach Sicherheitslage.

Städtebauliche Gestaltung, Nutzungssteuerung und Auflösung von Angsträumen

Ein weiterer strategischer Ansatzpunkt ist die städtebauliche Gestaltung, denn Sicherheit entsteht maßgeblich auch durch die Qualität des öffentlichen Raums. Gute Beleuchtung, klare Sichtachsen, gepflegte Plätze und eine funktionierende Infrastruktur tragen dazu bei, Angsträume zu reduzieren und die soziale Kontrolle zu stärken.

Architektur, Städtebau und Baukultur sollten daher konsequent darauf ausgerichtet werden, Übersichtlichkeit, Aufenthaltsqualität und eine vielfältige Nutzung öffentlicher Räume zu fördern. Bereits vergleichsweise kleine Maßnahmen – etwa das Zurückschneiden hoher Hecken oder eine durchgängige, gut abgestimmte Beleuchtung – können das Sicherheitsgefühl spürbar verbessern.



Sauberkeit und Pflege sind weitere wesentliche Bausteine einer sicheren Innenstadt. Vermüllung und Vandalismus stellen nicht nur ästhetische Defizite dar, sondern vermitteln den Eindruck mangelnder Pflege und Vernachlässigung. Solchen Entwicklungen sollte frühzeitig und entschieden begegnet werden. Eine schnelle Reinigung, die zügige Beseitigung von Vandalismusschäden – etwa durch spezialisierte Graffiti-Taskforces, mobile Reinigungseinheiten oder die systematische Entfernung von Aufklebern – sowie ein sichtbar abgestimmtes Pflegekonzept sind daher zentrale Bausteine einer modernen Innenstadtpolitik.

Darüber hinaus empfehlen die IHKN und der DEHOGA Niedersachsen, **Innenstädte gezielt auch außerhalb der klassischen Geschäftszeiten zu beleben**. Eine vielfältige Abendökonomie mit Gastgewerbe, Kultur, Freizeit- und Veranstaltungsangeboten erhöht die Präsenz von Menschen im öffentlichen Raum, stärkt die soziale Kontrolle und verbessert die Aufenthaltsqualität. Kommunen sollten daher entsprechende Nutzungen aktiv unterstützen, geeignete Rahmenbedingungen für Veranstaltungen schaffen und etwaige Nutzungskonflikte so lösen, dass lebendige Innenstädte auch in den Abendstunden attraktiv und sicher bleiben.

In dem Zusammenhang kann eine langfristig angelegte bauleitplanerische Steuerung einen wichtigen Beitrag leisten, um ausgewogene und funktional vielfältige Nutzungsstrukturen zu sichern. Ziel ist nicht die Bewertung einzelner Angebotsformen, sondern die Vermeidung einseitiger Nutzungskonzentrationen in Teilräumen. Durch eine entsprechende Steuerung, z.B. über Bebauungspläne, Innenstadt-, Vergnügungsstätten- oder Einzelhandelskonzepte, kann auf eine ausgewogene Mischung von Nutzungen hingewirkt werden. Diese Multifunktionalität stärkt die Resilienz von Quartieren, erhöht ihre Aufenthaltsqualität und trägt dazu bei, öffentliche Räume während des gesamten Tagesverlaufs zu beleben.

Die IHKN und der DEHOGA Niedersachsen empfehlen außerdem, **Sicherheit nicht nur innerhalb der Innenstadt, sondern entlang der gesamten Wegekette zu betrachten**. Für Besucherinnen und Besucher beginnt die Wahrnehmung einer Stadt häufig bereits bei der Anreise. Deshalb sollten Kommunen sichere, attraktive und gut gestaltete Zugangswege konsequent in ihre Sicherheits- und Stadtentwicklungsstrategien einbeziehen. Dazu gehören insbesondere:

- die Aufwertung von Bahnhof (in Verantwortung der Deutschen Bahn) und Bahnhofsumfeld als zentralem Eingangstor zur Innenstadt,
- die Verbesserung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität in Parkhäusern und auf Parkplätzen,
- eine durchgängige und hochwertige Beleuchtung wichtiger Fuß- und Radwegeverbindungen,
- die Beseitigung von Angsträumen entlang der Zuwegungen,
- eine enge Zusammenarbeit mit Verkehrsunternehmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls im ÖPNV,
- eine klare Wegweisung und gute Orientierung zwischen Ankunftsorten und Innenstadt.

Ziel sollte sein, sichere und attraktive Wegeketten zu schaffen. Denn eine Innenstadt wird nur dann als einladend wahrgenommen, wenn sich Besucherinnen und Besucher vom Start- bis zum Zielpunkt sicher fühlen.



Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung und aktive Einbindung der Jugend

Um das **Bewusstsein für gemeinschaftliche Verantwortung im öffentlichen Raum nachhaltig zu stärken**, sollten gezielte Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit umgesetzt werden. Dabei gilt es insbesondere, bürgerschaftliches Engagement sichtbar zu machen und aktiv zu fördern – etwa durch Stadtputzaktionen („Clean-Ups“) oder vergleichbare Formate. Ziel sollte sein, die lokale Stadtgesellschaft stärker zu aktivieren, das Miteinander zu fördern und ein dauerhaftes Verantwortungsgefühl für das Stadtbild zu entwickeln.

Ein zentraler Bestandteil kann zudem die aktive Einbindung junger Menschen sein. Sie sind wesentliche Gestalterinnen und Gestalter des städtischen Lebens und prägen die Sicherheits- und Stadtkultur entscheidend mit. Durch geeignete Treffpunkte, Jugendinitiativen, Beteiligungsformate und niedrigschwellige Angebote sollten sie gezielt einbezogen und positiv angesprochen werden. Auf diese Weise kann das Verantwortungsbewusstsein der jungen Generation gegenüber „ihrer“ Innenstadt gestärkt werden.

Kooperation und Integration von Ordnungs- und Sozialpolitik

Besonders wichtig ist aus Sicht der IHKN und des DEHOGA Niedersachsen die **dauerhafte Etablierung von Kooperationsstrukturen**. Sicherheit entsteht dort, wo Zuständigkeiten klar geregelt sind und zentrale Akteure kontinuierlich zusammenarbeiten. Kommunen sollten daher feste Sicherheitsnetzwerke etablieren, die Polizei, Ordnungsdienste, Verwaltung, City-Management, Wirtschaft und soziale Träger einbinden. Der Austausch darf nicht nur projekt- oder anlassbezogen erfolgen, sondern sollte als dauerhaftes Steuerungsinstrument verankert werden. Nur so können Problemlagen frühzeitig erkannt, eng abgestimmt bearbeitet und Maßnahmen wirksam koordiniert werden. Letztlich ist das „Ökosystem Innenstadt“ und damit auch der Baustein Sauberkeit und Sicherheit eine Gemeinschaftsaufgabe.

Auf dieser Grundlage sollten Ordnungspolitik, Prävention und soziale Unterstützung als miteinander verzahnte Bausteine eines integrierten Ansatzes verstanden werden. Ziel ist es, öffentliche Räume zu stabilisieren und zu entlasten, ohne Problemlagen lediglich zu verlagern. Dabei kommt es darauf an, Hilfsangebote gezielt dort zu verankern, wo sie unmittelbar Wirkung entfalten können. Niedrigschwellige Formate wie Sozialraumläufer oder Streetwork-Ansätze können insbesondere in belasteten Innenstadtbereichen eine wichtige Brückenfunktion übernehmen: Sie schaffen sichtbare Präsenz, bauen Vertrauen zu vulnerablen Personengruppen auf und vermitteln passgenau in bestehende Hilfesysteme.

Die Verbindung von ordnungsrechtlicher Präsenz und sozialpädagogischer Intervention kann dazu beitragen, öffentliche Räume sowohl sicherer als auch resilienter zu gestalten. Entscheidend ist dabei ein **abgestimmtes Zusammenspiel der Akteure, das Sicherheit nicht isoliert, sondern als Ergebnis eines integrierten Handlungsansatzes versteht**.

Präventionsangebote für Gewerbetreibende

Darüber hinaus sollten Präventionsangebote für Gewerbetreibende stärker ausgebaut und aktiver angeboten werden. Viele Betriebe stehen in der Praxis vor konkreten Herausforderungen, wie (Laden-)Diebstahl, Belästigung oder Beleidigungen. Sie benötigen **Ansprechpartner, Schulungen zur Deeskalation und niedrigschwellige Formate**, um Erfahrungen auszutauschen. Innenstadtsicherheit ist auch ein betrieblicher Belastungsfaktor – und Prävention ist kostengünstiger als Schadensbewältigung.





Stärkere Einbindung von Immobilieneigentümern, privaten Akteuren und Quartiersgemeinschaften (BIDs)

Die Attraktivität, Sicherheit und Aufenthaltsqualität von Innenstädten sind nicht allein Aufgabe von Kommunen, Polizei und Ordnungsbehörden. Auch Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer, Gewerbetreibende sowie weitere private Akteure tragen wesentlich zur Entwicklung der niedersächsischen Zentren bei. Sie sind nicht nur Betroffene, sondern prägen durch Investitionen, Instandhaltung, Modernisierung und eine aktive Bewirtschaftung ihrer Immobilien unmittelbar das Erscheinungsbild und die Funktionsfähigkeit der Innenstädte.

Vernachlässigte Gebäude, dauerhafte Leerstände oder ausbleibende Investitionen können negative städtebauliche Entwicklungen verstärken und die Wahrnehmung ganzer Quartiere beeinträchtigen. Umgekehrt leisten gepflegte Immobilien, attraktive Erdgeschossnutzungen, hochwertige Fassadengestaltungen und eine aktive Bewirtschaftung einen wichtigen Beitrag zum Sicherheitsempfinden, zur Aufenthaltsqualität und zur wirtschaftlichen Stabilität der Zentren.

Die IHKN und der DEHOGA Niedersachsen empfehlen daher, **Immobilieneigentümerinnen und Immobilieneigentümer sowie innerstädtische Gewerbetreibende noch stärker in lokale Zentrenstrategien einzubinden und langfristig tragfähige Verantwortungsgemeinschaften zu fördern.**

Dazu zählen insbesondere:

- die aktive Ansprache, Vernetzung und kontinuierliche Einbindung von Immobilieneigentümerinnen und Immobilieneigentümern (z.B. in Form von Runden Tischen für die Innenstadt),
- die gezielte Unterstützung von Modernisierungs-, Sanierungs- und Umnutzungsmaßnahmen,
- die Entwicklung und Umsetzung aktiver Leerstands- und Ansiedlungsstrategien,
- die Erarbeitung gemeinsamer Qualitäts- und Gestaltungsstandards für Immobilien und angrenzende Außenräume,
- die Förderung kooperativer Organisations- und Finanzierungsmodelle.

Ein bewährtes Instrument hierfür sind Business Improvement Districts (BIDs) nach dem Niedersächsischen Quartiersgesetz (NQG). Sie ermöglichen es, Maßnahmen auf Quartiersebene gemeinsam zu organisieren, Verantwortlichkeiten zu bündeln und zusätzliche Finanzierungsbeiträge der beteiligten Eigentümerinnen und Eigentümer verlässlich zu mobilisieren. Dadurch können Maßnahmen zur Steigerung von Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und Aufenthaltsqualität dauerhaft umgesetzt und professionell koordiniert werden.

Die IHKN und der DEHOGA Niedersachsen empfehlen daher, die Einrichtung von BIDs und vergleichbaren quartiersbezogenen Organisationsformen politisch und administrativ stärker zu unterstützen. Voraussetzung hierfür ist eine aktive Wertschätzung und Unterstützung der Quartiersinitiativen sowie ein gemeinsames Verständnis, dass BID-Maßnahmen die kommunalen Pflichtaufgaben „on top“ ergänzen, diese jedoch keinesfalls ersetzen.

Zentren-SOS als Standortversprechen

Die IHKN und der DEHOGA Niedersachsen regen schließlich an, **„Zentren-SOS“ als Bestandteil moderner Standort- und Wirtschaftsförderung** zu begreifen. Innenstadtsicherheit ist mehr als ein Kostenfaktor. Jeder Euro, der in Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit investiert wird, wirkt mehrfach – über steigende Frequenzen, höhere Aufenthaltsdauer, geringere Vandalismus-schäden, stabilere Umsätze und eine höhere Investitionsbereitschaft. Langfristig können Innenstädte und Zentren so als Marke weiterentwickelt werden. Denn wer Aufenthaltsqualität sichtbar und konsequent umsetzt, stärkt das Image eines Standortes. Eine Innenstadt, die als „sicher, sauber und gut organisiert“ wahrgenommen wird, gewinnt nicht nur Besuchende, sondern auch Fachkräfte und Investoren. Ein strategisch ausgerichtetes „Zentren-SOS“ sollte daher offensiv als Baustein eines positiven Standortversprechens kommuniziert werden.



Gute Beispiele

„Sauber geht nur gemeinsam“ – Bewusstseinskampagne der Stadtreinigung Stadt Berlin

In Berlin betreibt die Stadtreinigung eine Kampagne unter dem Motto „Sauber geht nur gemeinsam“, die auf gemeinsame Verantwortung für den öffentlichen Raum setzt:

- Plakate, Sticker und Öffentlichkeitsarbeit,
- Förderung wachsender Sensibilität für Sauberkeit im Stadtbild,
- Kombination von Kommunikationsmaßnahmen mit infrastrukturellen Leistungen.



AAI-City-Check als kontinuierliches Lage- und Handlungsinstrument Stadt Braunschweig

Der Arbeitsausschuss Innenstadt Braunschweig e.V. (AAI) hat den City-Check etabliert – ein regelmäßiges Monitoring- und Steuerungsinstrument. Ziel ist es, Wirkfaktoren der Aufenthaltsqualität systematisch zu erfassen, Handlungsbedarfe abzuleiten und konkrete Verbesserungsmaßnahmen umzusetzen:

- Bewertung von Sauberkeit, Stadtgrün, Stadtmöblierung, Beleuchtung, Beschilderung und Verkehrsführung,
- Koordination zwischen Gewerbetreibenden, Verwaltung, Stadtmarketing, Ordnungsamt und Abfallwirtschaft,
- Förderung der gemeinsamen Verantwortungsübernahme.



Stadtputzaktion – Bürgerschaftliches Engagement für Sauberkeit Stadt Braunschweig

Die „Aktion Stadtputz“ ist eine jährliche stadtweite Putzaktion der Stadt Braunschweig, bei der Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Schulen und Initiativen gemeinsam Müll sammeln und öffentliche Flächen reinigen. Ziele und Fakten:

- Gemeinsame Beseitigung von Müll und Verunreinigungen durch Ehrenamtliche,
- Durchführung jedes Jahr im Frühjahr, meist im März,
- Beteiligung von tausenden Teilnehmenden – 2025 z.B. mit über 17.500 Helfenden.



Förderung des städtischen Wildkrautprojektes durch die Richard Borek Stiftung Stadt Braunschweig

Seit 2023 hat sich die Richard Borek Stiftung jährlich zur Unterstützung des städtischen Wildkrautprojektes bereiterklärt, die gesamten Personalkosten für zwei zusätzliche Saisonstellen im Fachbereich Stadtgrün der Stadt Braunschweig zu übernehmen. Die Stiftung leistet hiermit einen Beitrag zur Erfüllung der Zielstellungen des städtischen Wildkrautprojektes:

- Gewährleistung der Verkehrssicherheit,
- Substanzerhalt von befestigten Verkehrsnebenflächen wie bspw. gepflasterten Mittelinseln und Mittelstreifen,
- geordnetes Bild des öffentlichen Raums durch manuelle Beseitigung des Wildkrauts ohne Einsatz von Herbiziden im gesamten Stadtgebiet,
- 2026 Übernahme der gesamten Personalkosten für zwei Saisonkräfte im Fachbereich Stadtgrün der Stadt Braunschweig in Höhe von etwa 55.000 €.





Runder Tisch für Sauberkeit & Ordnung – Kooperative Strategie zur Innenstadtqualität

Freie Hansestadt Bremen

In Bremen wurde ein Runder Tisch Sauberkeit & Ordnung von der Handelskammer initiiert, bei dem Vertreterinnen und Vertreter von Verwaltung, Polizei, Sozialdiensten, Handel und Bürgerschaft zusammenarbeiten, um Wahrnehmung und Maßnahmen zu verbessern:

- Regelmäßiger Austausch zur Situation in Innenstadtbereichen,
- gemeinsame Priorisierung von Maßnahmen,
- Identifikation von lokal passgenauen Lösungen.



Graffiti-Taskforce für nachhaltige Sauberkeit

Stadt Essen

In Essen setzt die Stadt gezielt eine Graffiti-Taskforce ein, um das Stadtbild dauerhaft sauber zu halten:

- Systematische Entfernung unerwünschter Graffiti,
- Schutzanstriche für häufig betroffene Flächen,
- Reinigung großer Flächen (über 8.000 m² in einem Jahr),
- Digitale Koordination über Mängelmelder und kurze Reinigungsfristen nach Meldung.



Integriertes Konzept

Landeshauptstadt Hannover

Am 15. Januar 2026 hat die Landeshauptstadt Hannover ein integriertes Sicherheits- und Stadtbildkonzept „Hannover sicher zusammen“ vorgestellt. Das Maßnahmenpaket kombiniert Ordnung, Prävention, Sozialarbeit, Stadtgestaltung und Sauberkeit zu einem ganzheitlichen Ansatz. Für die Innenstadt wichtige Bausteine sind unter anderem:

- die Waffenverbotszonen-Verordnung,
- die Kooperationsstreifen mit Polizei, Bundespolizei und DB-Sicherheit,
- die Novellierung der Verordnung über Sicherheit und Ordnung (in Kraft ab 12. Juni 2026),
- Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten sowie
- die Weiterentwicklung der Kampagne „Hannover sauber!“ mit zusätzlicher Innenstadtreinigung, Abfallfahndung, konsequenten Bußgeldern, KI-gestützter Reinigungssteuerung und zusätzlichen Toilettenangeboten im Hauptbahnhof.



Waffenverbotszonen-Verordnung

Landeshauptstadt Hannover

In einigen Bereichen der hannoverschen Innenstadt ist das Mitführen von Waffen, Messern und gefährlichen Gegenständen verboten. Polizei und städtischer Ordnungsdienst kontrollieren die Einhaltung und ahnden Verstöße.





„Quattro-Streife“

Landeshauptstadt Hannover

Nach dem Ausbau der Sicherheitskooperation im Umfeld des Hauptbahnhofs Hannover seit dem 1.10.2024 durch Kooperationsstreifen der drei Behörden Bundespolizeidirektion Hannover, Polizeidirektion Hannover und Landeshauptstadt Hannover ist diese ab dem 10. November 2025 mit der DB Sicherheit um eine weitere Sicherheitspartnerschaft ergänzt worden.



Montags bis samstags patrouillieren zu unterschiedlichen Zeiten ein- bis zweimal täglich die Bundespolizeidirektion Hannover und Polizeidirektion Hannover (ahnden Straftaten) zusammen mit städtischem Ordnungsdienst (ahnden Ordnungswidrigkeiten wie Betteln oder Vermüllung) und dem Sicherheitspersonal der DB (setzen Hausverbote durch) mit unterschiedlichen Befugnissen und Aufgaben.

Alkoholkonsumverbot

Landeshauptstadt Hannover

Seit dem 1. Mai 2026 gilt für den Hauptbahnhof Hannover, für das Parkhaus am Hauptbahnhof, für den darunterliegenden Kiss & Ride-Parkplatz, für den Raschplatz sowie für die Niki-de-Saint-Phalle-Promenade bis zum Kröpcke (mit Ausnahme der in diesen Bereichen ansässigen Lokale) ein Alkoholkonsumverbot, ebenso für die ober- und unterirdischen Üstra-Stadtbahn-Stationen. Dieses Verbot per geänderter Hausordnung haben die Deutsche Bahn (DB), die Hannover Region Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung HRG & Co – Passerelle KG (HRG) und die ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe AG gemeinsam eingeführt.



Hinweis: Für den nördlich des Hauptbahnhofs gelegenen Raschplatz, für dessen Kontrolle ein Tochterunternehmen der ÜSTRA zuständig ist, ist das Alkoholkonsumverbot bis auf weiteres ausgesetzt worden, um unkontrollierbare Verdrängungseffekte zu vermeiden.

City CleanUp – Mitmach-Kampagne

Stadt Köln

Die Stadt Köln organisiert regelmäßig City CleanUp-Aktionen, an denen Stadtverwaltung, Stadtmarketing, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind:

- Gemeinsame Müllbeseitigung, Graffiti- und Sticker-Entfernung,
- Sensibilisierung für respektvollen Umgang mit öffentlichen Flächen,
- Stärkung der Identifikation mit der Stadt.



Kommunaler Ordnungsdienst & maßgeschneiderte Maßnahmen

Hansestadt Lüneburg

In Lüneburg reagiert die Hansestadt auf veränderte Wahrnehmungen mit einem mehrgleisigen Ansatz:

- Aufbau eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) zur Präsenzsteigerung,
- regelmäßige Runde Tische zwischen Polizei, Ordnungs- und Sozialamt, Handel, IHK und weiteren Trägern,
- differenzierte ordnungsrechtliche Maßnahmen (z. B. Alkoholverbotzonen mit Gastronomie-Ausnahmen),
- Prüfung gezielter Videoüberwachung an Konfliktorten.





Nachtbürgermeister

Stadt Mannheim

Ein Ansatz zur Stärkung sicherer und lebendiger Innenstädte sind sogenannte Nachtbürgermeisterinnen und Nachtbürgermeister. Städte wie Amsterdam, Heidelberg oder Mannheim setzen auf diese Vermittlungsfunktion zwischen Gastronomie, Veranstaltern, Verwaltung, Polizei, Anwohnenden und weiteren Akteuren. Ziel ist es, Nutzungskonflikte frühzeitig zu entschärfen, die Sicherheit und Aufenthaltsqualität insbesondere in den Abend- und Nachtstunden zu verbessern und gleichzeitig eine attraktive Abendökonomie zu fördern. Nachtbürgermeister können damit einen wichtigen Beitrag leisten, Innenstädte auch außerhalb klassischer Ladenöffnungszeiten als lebendige, sichere und gut organisierte Räume zu stärken.



10-Punkte-Programm zur Stärkung der Sicherheit in der Osnabrücker Innenstadt

Stadt Osnabrück

Die Stadt Osnabrück hat sich zum Ziel gesetzt, die Sicherheit in der Osnabrücker Innenstadt deutlich zu erhöhen. Im Mittelpunkt steht dabei der Neumarkt, ein zentraler Platz und Haltepunkt fast aller Buslinien in der Stadt. Das Umfeld ist geprägt durch einen langjährigen Leerstand mehrerer z. T. großflächiger Immobilien. Mit 10 Maßnahmen (u. a. Videoüberwachung, Waffenverbotszone und Beleuchtung) soll das Sicherheitsgefühl der Innenstadtbesucher verbessert werden. Es handelt sich um ein Paket konkreter Einzelmaßnahmen, die in Kooperation verschiedener Akteure aus der Verwaltung sowie externer Partner so schnell wie möglich umgesetzt werden sollen.



Anti-Graffiti-Mobil

Stadt Pforzheim

Die Technischen Dienste der Stadt Pforzheim haben die Koordination für die Entfernung von Schmierereien an Gebäudefassaden und Stromkästen im Stadtbild übernommen.



Positiv-Kampagne der Gewerbetreibenden

Hansestadt Stade

In Stade wurde die Kampagne „Wir. Zusammen. Stade.“ von Stade Aktuell e. V., der Gemeinschaft der Händler und Gastronomen, initiiert. Ziel ist es, das Sicherheitsgefühl und das Innenstadt-Image positiv zu stärken:

- Plakataktion mit Porträts lokaler Persönlichkeiten in der Innenstadt,
- positive Statements zu Stadtleben und Begegnung,
- sichtbare Positionierung der Innenstadt als lebendiger Treffpunkt.





Fazit

Das „Zentren-SOS“ gehört zu den zentralen und zugleich drängendsten Themen in der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Debatte um die Entwicklung der niedersächsischen Innenstädte und Ortskerne. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit bilden dabei grundlegende Voraussetzungen für wirtschaftliche Vitalität und urbane Lebensqualität. Sie entscheiden maßgeblich darüber, ob die Zentren als attraktive Orte des Einkaufens, Arbeitens und Begegnens funktionieren und wahrgenommen werden – oder ob sie schrittweise an Bedeutung verlieren. Vor dem Hintergrund tiefgreifender struktureller Veränderungen müssen Innenstädte als sichere, gepflegte und einladende „Willkommensräume“ mit hoher Aufenthaltsqualität, Frequenz und Investitionsattraktivität gezielt gestärkt werden.

Die IHKN und der DEHOGA Niedersachsen fordern daher, „Zentren-SOS“ nicht isoliert als Ordnungs- oder Sozialthema zu betrachten, sondern vielmehr als strategischen Standortfaktor. Dies erfordert klare politische Prioritäten, dauerhaft gesicherte personelle und finanzielle Ressourcen sowie eine enge und verlässliche Zusammenarbeit aller innerstädtischen Akteure.

Hervorzuheben ist dabei, dass die Entwicklung sicherer, sauberer und attraktiver Zentren nicht allein Aufgabe von Staat und Kommunen ist. Vielmehr tragen auch Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer, Gewerbetreibende und weitere private Akteure Verantwortung für die Qualität ihrer Quartiere und sind als Partner auf Augenhöhe in die Zentrenentwicklung aktiv einzubeziehen.

Von Bedeutung ist dabei ein abgestimmtes Zusammenspiel verschiedener Handlungsfelder: Sichtbare Präsenz und konsequente Regelanwendung, städtebauliche Qualität, digitale Unterstützungsinstrumente sowie langfristig tragfähige Finanzierungs- und Steuerungskonzepte.

Entscheidend ist, dass Land und Kommunen „Zentren-SOS“ als das begreifen, was es ist: eine zentrale Querschnittsaufgabe zur Sicherung und Stärkung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit niedersächsischer Kommunen und deren Wirtschaft.



Ihre Ansprechpersonen in den niedersächsischen IHKs

IHK Braunschweig

Christian Scheffel
Telefon 0531 – 4715 249
christian.scheffel@braunschweig.ihk.de

IHK Elbe-Weser

Kathrin Wiellowicz
Telefon 04141 – 524 142
kathrin.wiellowicz@elbeweser.ihk.de

IHK Hannover

Hans-Hermann Buhr
Telefon 0511 – 3107 377
buhr@hannover.ihk.de

IHK Lüneburg-Wolfsburg

Jan Weckenbrock
Telefon 04131 – 742 143
jan.weckenbrock@ihklw.de

Oldenburgische IHK

Carola Havekost
Telefon 0441 – 2220 300
havekost@oldenburg.ihk.de

IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim

Gerhard Dallmüller
Telefon 0541 – 353 225
dallmoeller@osnabrueck.ihk.de

IHK für Ostfriesland und Papenburg

Wiebke Eilts
Telefon 04921 – 8901 347
wiebke.eilts@emden.ihk.de

und beim DEHOGA Niedersachsen:

Mark Alexander Krack

Hauptgeschäftsführer
DEHOGA Niedersachsen
Yorckstraße 3 · 30161 Hannover
Telefon 0511 – 33 706 22
krack@dehoga-niedersachsen.de

Impulspapier

der IHK Niedersachsen

Juli 2026

Ihre Ansprechperson:

Kathrin Wiellowicz
Sprecherin Handel

IHK Niedersachsen (IHKN)

Bischofsholer Damm 91
30173 Hannover

Telefon 04141 524 142
Telefon 0511 920 901 10

E-Mail kathrin.wiellowicz@elbeweser.ihk.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de

Titelfoto: ©Urheber: IHKN / KI generiert
Seite 2: ©Urheber: Shutterstock / KELENY
Seite 7: ©Urheber: Shutterstock / GagliardiPhotography
Seite 9: ©Urheber: Shutterstock / LightField Studios
Seite 10: ©Urheber: Shutterstock / Karolis Kavolelis
Seite 16: ©Urheber: Shutterstock / Alisa24



Impulspapier

Zentren-SOS 2026

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Braunschweig, IHK Elbe-Weser, IHK Hannover, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgischen IHK, IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim sowie IHK für Ostfriesland und Papenburg. Sie vertritt mehr als 530.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Dieses Impulspapier sowie die weiteren Veröffentlichungen der IHK Niedersachsen können Sie unter www.ihk-n.de/publikationen abgerufen werden.

Bitte beachten: Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



IHK Niedersachsen (IHKN)

Bischofsholer Damm 91
30173 Hannover

Telefon 0511 920 901 10

E-Mail noske@ihk-n.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de

DEHOGA Niedersachsen

Yorckstraße 3
30161 Hannover

Telefon 0511 33 70 60

E-Mail landesverband@dehoga-niedersachsen.de

Web www.dehoga-niedersachsen.de